

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Gesetzentwurf der Staatsregierung
Drs. 15/882

zur Modernisierung der Verwaltung (Verwaltungsmodernisierungsgesetz - VerwModG)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichtersteller: **Christian Meißner**
Mitberichterstatlerin: **Karin Radermacher**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, der Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten und der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen haben den Gesetzentwurf mitberaten.
Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 16. Sitzung am 24. Juni 2004 beraten (Art. 3 blieb davon unberührt) und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 31. Sitzung am 06. Juli 2004 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Gesetzentwurf in seiner 20. Sitzung am 13. Juli 2004 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.
5. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf in seiner 20. Sitzung am 14. Juli 2004 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.
6. Der Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten hat den Gesetzentwurf in seiner 19. Sitzung am 29. September 2004 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.
7. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 16. Sitzung am 14. Oktober 2004 endberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:
 1. In Art. 2 (Einleitungssatz) werden die Worte „5. April 2003, GVBl S. 304, BayRS 605-1-F“, geändert durch § 1 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 100)“ durch die Worte „16. Juli 2004“ (GVBl S. 334, BayRS 605-1-F)“ ersetzt.
 2. In Art. 4 Abs. 1 wird als Datum des Inkrafttretens der „1. November 2004“ eingefügt.
 3. Art. 4 Abs. 2 Satz 4 wird gestrichen.

Henning Kaul
Vorsitzender